

07.12.2017 - 12:55 Uhr

Erneuter Kahlschlag bei GE - jetzt muss das Management soziale Verantwortung übernehmen

Zürich (ots) -

GE kündigt einen Stellenabbau in ähnlich gigantischem Ausmass wie im Januar 2016. 1400 Stellen sollen in der Schweiz gestrichen werden. Die Angestellten Schweiz fordern die Führung von GE auf, Verantwortung zu übernehmen und dafür zu sorgen, dass alle Angestellten eine Beschäftigung behalten oder finden können. Die Gerüchte um einen weiteren massiven Stellenabbau bei GE und die Befürchtungen der Belegschaft haben sich leider nicht nur bestätigt, sondern die Befürchtungen noch übertroffen. Das Unternehmen plant, in Baden, Birmensdorf und Oberentfelden 1400 Stellen abzubauen in der Sparte Power. Diese gigantische Zahl ist, kurz vor Weihnachten nota bene, ein brutaler Schlag ins Gesicht der Angestellten. Es ist ein Foul von hinten für alle die Angestellten, die an die Versprechungen des Managements geglaubt und sich für das Unternehmen voll ins Zeug gelegt haben. Vergeblich, wie sich jetzt zeigt. "Die Angestellten kriegen die Rute um die Ohren geschlagen, während sich die Aktionäre ihre Päckli vergolden", sagt Christof Burkard, Leiter kollektives Arbeitsrecht bei den Angestellten Schweiz.

Die Angestellten Schweiz finden das Vorgehen auf amerikanische Art von GE absolut verantwortungslos. GE hat als wichtiger Arbeitgeber im Kanton Aargau ganz klar eine soziale Verantwortung. Über zwei Jahre rund 1000 Stellen abzubauen und nochmals einen Abbau in noch grösserem Masse zu planen wird dieser Verantwortung überhaupt nicht gerecht.

Die Angestellten Schweiz verlangen von GE ein tatkräftiges Bekenntnis zum Standort Schweiz. Das heisst, es muss sichergestellt werden, dass alle Angestellten eine Perspektive haben. Ziel muss einerseits sein, den Stellenabbau so weit wie möglich zu reduzieren. Andererseits muss es für alle Betroffenen eine Anschlusslösung geben. Die Belegschaft von GE darf über die Weihnachtstage nicht im Ungewissen bleiben. Ihre Zukunftsperspektiven sollen noch vor den Festtagen klar gemacht werden.

Das Management von GE muss in der Konsultationsphase zwingend die Arbeitnehmervertretung, die Verbände und die Politik aktiv mit einbeziehen. Lösungsvorschläge seitens der Arbeitnehmerschaft sind sehr ernsthaft und wohlwollend zu prüfen. Bis zum Ende der Konsultationsphase wollen die Angestellten Schweiz umsetzbare Lösungen sehen, welche den Betroffenen positive Aussichten eröffnen. Der Verband erwartet von GE für diesen Prozess absolutes Commitment. Jetzt muss es bezüglich der Industriearbeitsplätze endlich heissen: "Switzerland first!"

Kontakt:

Für Rückfragen

Christof Burkard, Leiter kollektives Arbeitsrecht, Angestellte Schweiz, 079 768 58 98

Caroline Hasler, Rechtsanwältin Angestellte Schweiz, 044 360 11 54

Hansjörg Schmid, Kommunikation Angestellte Schweiz, 076 443 40 40

Die Angestellten Schweiz sind seit bald 100 Jahren die Stimme der Angestellten aus dem Mittelstand und vertreten deren Interessen in der Politik wie in Unternehmen.

Der Verband setzt sich sozialpartnerschaftlich, konstruktiv und zuverlässig für gute Arbeitsbedingungen, faire Löhne und sichere Arbeitsplätze ein - zum Wohl von Gesellschaft und Wirtschaft.

Ihren Mitgliedern bieten die Angestellten Schweiz zudem ein umfassendes, auf persönliche Bedürfnisse angepasstes Angebot an Weiterbildungen, Beratungen, Dienstleistungen und Informationen - für das persönliche Weiterkommen jedes Einzelnen.

Weitere Informationen unter www.angestellte.ch

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100006251/100810156> abgerufen werden.